



Der Bankenplatz Frankfurt (im Bild) hofft, der große Profiteur des EU-Austritts von Großbritannien zu werden. BILD: TRAVELVIEW-STOCK. ADOBE

Banken rüsten sich für Tag X

- Finanzbranche bereitet sich auf Brexit vor
- Erste Institute verlagern Geschäfte nach Frankfurt

VON JÖRN BENDER
UND CHRISTOPH MEYER, DPA

Frankfurt/Main – Der Brexit rückt näher. Bis Ende März 2019 muss geklärt sein, wie die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union künftig aussehen. Noch gibt es viele offene Fragen. Ob es eine Übergangsfrist geben wird, ist offen. Doch die Finanzbranche kann nicht warten, bis sich Politiker einigen. In der Londoner City und am Finanzplatz Frankfurt laufen die Vorbereitungen.

1 Was müssen Banken jetzt tun? Banken brauchen für Dienstleistungen wie Einlagen- und Kreditgeschäft in der EU rechtlich selbstständige Tochtergesellschaften in einem EU-Staat. London als derzeit mit Abstand wichtigster Finanzplatz Europas wird nach Einschätzung von Fachleuten zwar auch nach dem Brexit eine große Rolle spielen. Dennoch sind dort angesiedelte Finanzinstitute gezwungen, sich zumindest teilweise neu zu orientieren.

2 Um wie viele Jobs geht es? Nach jüngsten Zahlen des britischen Branchenverbandes The City UK arbeiten in ganz Großbritannien gut 2,2 Millionen Menschen in der Finanzindustrie oder als Dienstleister in deren Umfeld. In London sind es 751.000. Der Vizepräsident der britischen Notenbank, Sam Woods, nannte Anfang November Schätzungen

„plausibel“, dass wegen des Brexits bis zu 75.000 Jobs bei Banken und Versicherern auf der Insel verloren gehen könnten.

3 Kommen nun also Tausende Banker nach Frankfurt? Die Standortinitiative „Frankfurt Main Finance“ geht von 10.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen am Main aus, die Landesbank Hessen-Thüringen hält ein Plus von mindestens 8000 Stellen für realistisch. Doch um Banker aus London zu gewinnen, konkurrieren auch Paris, Dublin und Luxemburg. Gescheitert sind bereits deutsche Bemühungen, die Bankenaufsicht EBA nach Frankfurt zu holen: Die Behörde zieht nach Paris.

4 Wie konkret sind die Planungen der Institute schon? Hessens Europaministerin Lucia Puttrich (CDU) verweist darauf, dass bislang 18 in London ansässige Finanzinstitute angekündigt haben, Teile ihres Geschäfts an den Main verlegen oder bestehende Einheiten in Frankfurt ausbauen zu wollen. Die deutsche Finanzaufsicht Bafin hat nach Angaben eines Sprechers mit mehreren Dutzend Instituten Gespräche zum Thema Brexit geführt. Die Zahl der Anträge für Banklizenzen in Deutschland liege im zweistelligen Bereich, abgeschlossen sei bislang keines der Erlaubnisverfahren.

5 Welche Geschäfte könnten nach Frankfurt verlagert werden? Die Deutsche Börse sieht große Wachstumschancen für den Finanzplatz Frankfurt beim sogenannten Euro-Clearing. Die billionenschwere Abwicklung von Handelsgeschäften mit Euro-Wertpapieren findet derzeit vorwiegend in London statt. Kommt der Brexit, droht Aufsehern auf dem Kontinent ein Kontrollverlust über diesen wichtigen Markt. Deutsche-Bör-

se-Chef Theodor Weimer meldete jüngst erste Erfolge: Von den 1000 Milliarden Euro, die pro Tag beim Euro-Clearing abgewickelt würden, entfielen inzwischen 40 Milliarden Euro auf die Deutsche Börse, acht Mal mehr als im Dezember.

6 Wo macht sich der Brexit in Frankfurt bereits bemerkbar? Einige Institute haben sich Büroflächen gesichert, es wurden auch schon erste Mitarbeiter eingekauft. Internationale Schulen berichten, dass Banken vorsorglich Schulplätze für die Kinder von Mitarbeitern reserviert haben. Doch viele Beobachter dämpfen die Erwartungen, dass Frankfurt der große Brexit-Profitteur werden wird – etwa Axel Weber, früher Bundesbank-Präsident und heute UBS-Verwaltungsratschef: „In vielen Bereichen wird es nicht dazu kommen, dass alle in London die Koffer packen und nach Kontinentaleuropa abwandern.“

7 Wie viel Zeit bleibt umzugswilligen Banken noch? Europas Bankenaufsicherer drängen die Institute zur Vorlage ihrer Brexit-Pläne. „Jede Bank, die ihren Sitz aus Großbritannien in die Eurozone verlagern will, sollte ihren Lizenzantrag eigentlich bereits gestellt haben“, betonte EZB-Aufseherin Lautenschläger. Die Europäische Zentralbank (EZB) ist maßgebliche Behörde für die notwendige Banklizenz im Euroraum. Nach ihren Angaben haben sich bislang acht Banken um eine Lizenz beworben, vier weitere Banken wollen ihre Aktivitäten im Euroraum signifikant ausweiten.



Wie die bisherigen Planungen der einzelnen Banken mit Blick auf Frankfurt aussehen unter www.sk.de/9656319



London ist bislang noch der wichtigste Finanzplatz Europas. Hier ein Blick auf das Finanzviertel der britischen Hauptstadt. BILD: DPA

DIE ÖKONOMISCHE FRAGE

Hat der Sozialstaat versagt?



Im Vergleich der 30 OECD-Mitglieder zeigt sich, dass Deutschland am wirksamsten gegen die Ungleichheit angeht.

VON FRIEDRICH BREYER

Die Entscheidung der Essener Tafel, vorübergehend zwischen deutschen und ausländischen Kunden zu unterscheiden, hat hohe Wellen geschlagen. Der offenkundig stark gewachsene Andrang bei vielen Tafeln wurde von Sozialverbänden und Politikern bestimmter Couleur zum Anlass für die Behauptung genommen, der deutsche Sozialstaat habe bei der Aufgabe der Verhinderung von Armut

versagt. Um diesem Vorwurf nüchtern nachzugehen, muss man vor allem zwei Fragen beantworten: 1. Wie steht der deutsche Sozialstaat im Vergleich mit anderen Ländern bei der Armutsbekämpfung da? 2. Reicht der Hartz-IV-Regelsatz zum Leben oder sind die Empfänger gezwungen, ihre Lebensmittel im Tafelladen zu beziehen, um über die Runden zu kommen?

Zur ersten Frage kann man die gut 30 OECD-Mitglieder (Industriestaaten) danach vergleichen, wie groß bei ihnen die Ungleichheit der Markteinkommen und die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen ist, beide gemessen am sogenannten Gini-Koeffizienten, einer Zahl zwischen 0 (keine Ungleichheit, alle Bürger erhalten gleich viel) und 1 (extremste Ungleichheit: ein Bürger er-

hält das gesamte Sozialprodukt, alle anderen nichts). Die Differenz dieser beiden Größen misst dann die Wirksamkeit des Sozialstaats. Denn für den einzelnen Haushalt ergibt sich die Differenz zwischen seinem Markteinkommen und seinem verfügbaren Einkommen aus den Steuern, die er zahlen muss, und den Transfers, die er erhält. Es zeigt sich, dass diese Differenz in Deutschland höher ist als in allen anderen OECD-Staaten, das heißt: Der deutsche Sozialstaat reduziert die ursprüngliche Ungleichheit mehr als der in allen anderen Ländern, er wirkt also.

Zur zweiten Frage ist auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9.2.2010 zu Hartz IV zu verweisen. Der entscheidende Satz darin lautet: „Der gesetzliche Leistungsanspruch muss

so ausgestaltet sein, dass er stets den gesamten existenznotwendigen Bedarf jedes individuellen Grundrechtsträgers deckt.“ Bis 2010 war der Regelsatz nämlich relativ willkürlich festgelegt worden; seit dem zitierten Urteil berechnet das Bundessozialministerium jedes Jahr von Neuem exakt den Geldbedarf zur Sicherung des Existenzminimums, und seitdem hat es keine weiteren Klagen gegen diesen Modus gegeben. Insofern ist dem CDU-Politiker Jens Spahn rechtzugeben, wenn er feststellt, „mit Hartz IV habe jeder, was er zum Leben braucht“. Das heißt nicht, dass Tafelläden überflüssig sind, denn zum einen sorgen sie dafür, dass Lebensmittel nicht weggeworfen werden, und zum anderen ermöglichen sie manchem Hartz-IV-Bezieher, Geld

beim Essen einzusparen und sich dafür andere Dinge zu leisten. Warum auch nicht? Dass sich nun aber Politiker sogar der SPD, die Hartz IV einst eingeführt haben, wie wild auf Spahn stürzen, beweist nur, dass Populisten keine Gelegenheit auslassen, ihre Konkurrenten zu diffamieren, um sich selbst als gutherzig darzustellen. Besonders peinlich wirkt dabei die Aussage von Spahns Partei-„Freundin“ Kramp-Karrenbauer, die sich dagegen wandte, anderen Menschen „zu erklären, wie man sich mit Hartz IV fühlen sollte“ – was er gar nicht getan hatte.

Der Verfasser lehrt Wirtschaftspolitik an der Universität Konstanz und ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.

NACHRICHTEN

➤ Die Börsentabellen finden Sie heute im hinteren Teil der Ausgabe.

RÜSTUNG

Großauftrag für Rheinmetall

Der Rüstungskonzern Rheinmetall hat einen Großauftrag der australischen Regierung an Land gezogen. Die Regierung in Canberra habe empfohlen, „exklusive Endverhandlungen“ mit Rheinmetall über die Lieferung von mehr als 200 Radschützenpanzern vom Typ „Boxer CRV“ zu beginnen, teilte das Unternehmen in Düsseldorf mit. Der Auftragswert liegt bei rund 2 Milliarden Euro. Die Auslieferung der Radschützenpanzer soll 2019 beginnen und bis 2026 andauern. (AFP)

CHIPKONZERN

Broadcom zieht Angebot für Qualcomm zurück

Der Chipkonzern Broadcom hat nach der Blockade durch US-Präsident Donald Trump seinen Übernahmeangriff auf den Rivalen Qualcomm offiziell beendet. Mit einem Volumen von mehr als 140 Milliarden Dollar wäre es die mit Abstand teuerste Übernahme in der Technologie-Branche gewesen. Trump hatte einen Kauf von Qualcomm durch Broadcom mit Hinweis auf Sicherheitsbedenken untersagt. (dpa)

MÄRKTE

Fleischpreise

Preise für geschlachtetes Vieh im Marktgebiet Baden-Württemberg. Amtliche Preisfeststellung vom 05.03. bis 11.03. (Durchschnittspreise und Spannen frei Schlachtstätte in je kg Schlachtgewicht ohne MwSt):

Rinder: Jungbullen U2 4,13, 4,10-4,25; U3 4,13, 4,09-4,18; R2 4,08, 3,94-4,43; R3 4,07, 3,94-4,30; O2 3,67, 3,34-3,71; O3 3,66, 3,32-3,75; Kühe U3 3,41, 3,30-3,44; R1 3,23, 3,05-3,23; R2 3,28, 3,14-3,48; R3 3,31, 3,25-3,34; R4 3,33, 3,30-3,41; O1 2,90, 2,60-2,99; O2 3,01, 2,84-3,07; O3 3,10, 3,01-3,19; O4 3,12, 3,03-3,20; P1 2,31, 2,24-2,39; P2 2,52, 2,33-2,68; P3 2,59, 2,46-2,84; Färsen U2 3,87, 3,60-4,10; U3 3,83, 3,80-4,03; R2 3,83, 3,70-4,16; R3 3,81, 3,70-4,09; R4 3,71, 3,66-3,80; O2 2,93, 2,77-3,08; O3 3,11, 3,02-3,59; O4 3,14, 2,96-3,18; Kälber R2 5,93, 4,99-6,04; O2 keine Meldung.

Schweine: E 1,59, 1,51-2,64; U 1,56, 1,31-2,91; M1 1,10, 1,03-1,21.

Schweine

Stuttgart: Preismeldung vom Landesbauernverband in Baden-Württemberg für QZ-Schlachtschweine vom 05. bis 10. März: 890 Stück zu 1,62 €/kg bei 58 Prozent Muskelfleischanteil.

Mittelstand im Südwesten vorn

Stuttgart (dpa) Der baden-württembergische Mittelstand liegt im Bundesländervergleich bei Investitionen und Exportorientierung an der Spitze. Das zeigt der Mittelstandsbericht, der von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Frankfurt veröffentlicht wurde und erstmals auch eine Auswertung nach Bundesländern enthält. „Die baden-württembergischen Mittelständler zeichnen sich vor allem durch eine stark überdurchschnittliche Investitionsfreudigkeit aus“, sagte Axel Nawrath, Vorstandschef der landeseigenen Förderbank L-Bank. Demnach belief sich das jährliche Investitionsvolumen der Mittelständler im Land von 2012 bis 2016 auf durchschnittlich 8800 Euro pro Beschäftigtem und lag damit 10 Prozent über dem Bundesschnitt. Auch der Internationalisierungsgrad des Mittelstands sei im Bundesvergleich Spitze, hieß es bei der L-Bank. Laut Untersuchung ist ein Viertel der Südwest-Unternehmen im Ausland aktiv. Das ist der höchste Wert unter den Flächenbundesländern.

Besonders beeindruckt waren die Förder-Experten jedoch von der strukturellen Ähnlichkeit zwischen etabliertem Mittelstand und Gründern: „Sie gründen eher in forschungs- und technologieintensiven Branchen, sie sind deutlich innovationsfreudiger und arbeiten von Beginn an eher an langfristigen Wachstumszielen als ihre Pendants in anderen Bundesländern“, sagte L-Bank-Chef Nawrath. „Viele geben als Motivationsquelle nicht den schnellen Exit an, sondern das Ziel, eigenbestimmte Mittelständler zu werden“, sagte Nawrath. Das allerdings führt langfristig auch zu einem Problem, bei dem der Mittelstand im Südwesten im negativen Sinne vorne liegt: Baden-Württemberg hat die ältesten Unternehmensinhaber, mehr als jeder vierte ist älter als 60. Entsprechend ist auch die Nachfolgefrage dringlicher als anderswo.

Swatch verkauft erneut mehr Uhren

Biel (dpa) Vom Aufschwung in der Uhrenindustrie profitiert der Schweizer Uhrenhersteller Swatch auch im neuen Jahr. Nach der Trendwende 2017 mit einem starken zweiten Halbjahr legten die Verkäufe auch Anfang 2018 deutlich zu, wie Konzernchef Nick Hayek am Firmensitz in Biel sagte: „Die Stimmung ist gut. Der Trend dürfte anhalten.“ Auch im unteren und mittleren Preissegment seien die Uhrenverkäufe im Februar um rund 17 Prozent gestiegen. Im vergangenen Jahr hatte die Swatch-Gruppe den Umsatz um 5,4 Prozent auf knapp 8 Milliarden Schweizer Franken gesteigert. Unter dem Strich stieg der Gewinn um 27 Prozent auf 755 Millionen Franken. Die Schweizer Uhrenindustrie hatte 2017 nach zwei Krisenjahren eine Trendwende geschafft. Das Interesse gerade an teureren Uhren sei angezogen, hieß es beim Verband der Schweizer Uhrenindustrie. Die Exporte kletterten trotz sinkender Stückzahlen um 2,7 Prozent auf 19,9 Milliarden Franken. Vor allem im zweiten Halbjahr war die Nachfrage in Asien gestiegen. Der Verband rechnet für 2018 mit einem ähnlichen Plus wie 2017.